



Nr. 150.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einpaltige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Beständen 80 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Samstag den 29. Juni 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 1.05 vierteljährlich, Postbezugspreis im Kreis- und Reichsgebiet Nr. 1.85, im Fernverkehr Nr. 1.65, Beisitzerlohn in Württemberg 80 Pfg.

Zunahme der Kampftätigkeit im Westen.

Zur militärischen Lage.

Die Vorgänge im Osten.

Die Steigerung der feindlichen Teilangriffe im Westen läßt darauf schließen, daß bald neue größere Kampfhandlungen bevorstehen. Der Feind sucht die Dispositionen unserer Heeresleitung zu ergründen und zu durchkreuzen. Sowohl in Flandern, wie an der Aisne hat er in letzter Zeit deshalb starke Erkundungskräfte eingesetzt. Wo aber der befürchtete neue Schlag einsetzt wird, darüber ist man sich im feindlichen Lager nicht klar. Man glaubt, die deutsche Heeresleitung habe es auf Paris abgesehen, weshalb die Massenflucht aus der französischen Residenzstadt fortbauert. Ueber den österreichischen Rückzug über die Piave und die Räumung des Montellogebietes herrschte eine Zeit lang ein großer Freudenrausch, und man stempelte die Sache als entscheidenden Sieg der Italiener. Die neutralen Militärkritiker haben die alliierte Stimmungslage aber etwas verwässert, indem sie feststellen, daß die österreichischen Berichte, die von einem freiwilligen Rückzug sprechen, durchaus Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben, denn die italienischen Heeresberichte wählten nichts von einer Gefahrgabe oder großen Gefangenenzahl zu melden, was doch die Folge eines erzwungenen Rückzugs über einen hochgehenden Fluß sein müßte. Der österreichische Oberbefehlshaber habe hier zweifellos ein Meisterstück der Feldherrnkunst aufzuweisen gebracht, sagt die Züricher Morgenzeitung zu dem Rückzug.

Während die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse im Westen vorläufig noch im Dunkeln liegt, werfen neue Entscheidungen im Osten schon seit einiger Zeit ihre Schatten voraus. Es geht um nichts mehr und nichts weniger als die Wiedergewinnung des ehemaligen Rußland zur Teilnahme an dem Kriege gegen die Mittelmächte. Mit Hilfe der Entente und tschechisch-slowakischen Freischützer sind die bürgerlichen Gegenrevolutionäre in der Sowjetrepublik und in Sibirien an der Arbeit, die Bolschewikregierung zu stürzen. Es werden im Südosten der Sowjetrepublik und entlang der sibirischen Bahn (nördlich der chinesischen Grenze) erbitterte Kämpfe zwischen den beiden Parteien ausgefochten, über deren Ausgang man keine zuverlässigen Anhaltspunkte hat. Von einer Seite wird versichert, die Herrschaft der Bolschewiki sei erschüttert, auf Seiten der Sowjetanhänger jedoch wird beste Zuversicht in den Sieg ihrer Sache gehegt. Die Sowjetregierung — sagen die anderen — soll entschlossen sein, ihre Macht wenn nötig, durch schärfste Maßnahmen gegen die Revolutionäre zu erhalten. Zu den Gegnern der Sowjets gehören, wie Kerenski in London behauptete, auch große Arbeiterkreise, denen die Art der Regierung der Bolschewiki nicht paßt. Kerenski, der in erster Linie für den Wiederaufschluß der zum ehemaligen russischen Reich gehörigen Länder ist, hat auf der englischen Arbeiterkonferenz unverhohlen zugestanden, daß seine Anhänger und die Bürgerlichen den Kampf gegen die Mittelmächte wieder aufnehmen wollen. Wenn es nun aber den Alliierten und Gegenrevolutionären gelingen sollte, die Bolschewiki zu stürzen, so wird es sich doch fragen, welche Aufnahme die Gegenrevolutionäre bei den von dem ehemaligen Zarreich losgetrennten Randstaaten finden werden. Ob diese neuen Staatsgebilde die Wiedereinverleibung in den russischen Staatsverband wünschen, und eventuell — durch passive oder aktive Mitwirkung — wieder anstreben, das wäre dann für die Mittelmächte das nächstliegende Problem. Vorläufig haben die Mittelmächte in diesen Staaten ja noch die militärische Aufsicht, was angesichts der unsicheren Weltlage vom völkerrechtlichen wie vom Standpunkt der eigenen Lebensinteressen durchaus berechtigt ist. Wie sich die Dinge natürlich entwickeln werden beim Aufkommen einer ausgesprochen deutschfeindlichen Richtung im eigentlichen Rußland, das kann heute noch nicht gesagt werden, obgleich man die Hoffnung haben kann, daß sowohl die ehemaligen russischen Oststaaten, ebenso wie die Polen und Ukrainer ihr nationales Eigenleben nicht wieder zu Gunsten des großrussischen Staats sowohl in sprachlicher, wie wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht einschränken wollen. Ohne die Unterstützung dieser Staaten wäre

aber eine neue russische Aktion von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilt. Mit solchen Erwägungen scheinen auch die Alliierten sich zu tragen, wenn sie jetzt öffentlich erklären, daß sie eine militärische Intervention in Rußland nicht beabsichtigen, denn das könnte ihrem Ansehen nur beim russischen Volke schaden, und eine neue Revolution zur Folge haben. Bemerkenswert bezüglich der gesamten Vorgänge im Osten ist aber die neuerliche Feststellung des angelsächsischen Nachrichtenendienstes, daß Japan es abgelehnt hat, in Sibirien zu intervenieren, und sich lieber mit der neuen sibirischen Regierung über wirtschaftliche Dinge geeinigt hat. Den Alliierten ist also auch damit wieder ein Strich durch die Rechnung gemacht worden, denn es wäre doch zu schön gewesen, wenn auf diese Weise Japan in den Krieg hineingezogen worden wäre. Uebrigens scheint uns mit dieser japanischen Erklärung die sibirische Frage noch nicht erledigt zu sein. O. S.

Japan lehnt eine Intervention in Sibirien ab.

(WTB.) Washington, 28. Juni. Reuter meldet: Eine hier veröffentlichte nichtamtliche Mitteilung besagt: Die japanische Regierung hat beschlossen, das Ersuchen der Entente nach einer Intervention in Sibirien abzulehnen. In amtlichen Kreisen und in den Ententebüroschaften in Washington wird diese Absage nicht als eine Aufgabe der Absicht der Entente oder der Vereinigten Staaten aufgefaßt, Rußland bei seiner Rehabilitierung und bei der Ueberwindung des deutschen Einflusses zu helfen. Ein höherer Beamter erklärte, daß Japans Ablehnung einer militärischen Expedition nur dazu beitragen würde, Rußlands Feinde in ihrer Absicht zu stärken, Gesetz und Ordnung im Lande wiederherzustellen und den Elementen, die dieses Bestreben hätten, Hilfe und Unterstützung zu bringen. — Man sieht aus der Bemerkung des hohen amerikanischen Beamten die ganze Scheinheiligkeit der Haltung der Alliierten. Zuerst hat man sich den Anschein gegeben, als wolle man Japan daran hindern, in Sibirien einzumarschieren, und jetzt soll die Ablehnung Japans Rußlands Feinde stärken.

(WTB.) Stockholm, 28. Juni. Nach einem Telegramm an „Svenska Dagbladet“ aus Helsingfors finden in Omsk gegenwärtig bedeutende Konferenzen zwischen der japanischen und der sibirischen Regierung über gemeinsame Operationen gegen die bolschewistischen Truppen statt. Auch China sei bei den Verhandlungen vertreten. Japan sei bereit, Sibirien gegen gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse, wie Goldwäsche, zu helfen. — Danach hätte sich Japan also direkt mit der (bürgerlichen) Regierung Sibiriens geeinigt, was für die Japaner politisch viel vorteilhafter ist, als eine militärische Intervention.

Die Frage einer Ententeintervention in Rußland.

(WTB.) Rotterdam, 28. Juni. Der „N. N. C.“ meldet aus London. In Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten King sagte Lord Robert Cecil im Unterhaus, daß weder zwischen England und Wilson, noch mit irgend einer anderen alliierten Macht Verhandlungen über ein Einschreiten eines der Alliierten in Rußland zur Vereitelung des Eindringens und der Oberherrschaft des Feindes geführt worden seien.

Die englische Unterstützung der gegenrevolutionären Elemente in Rußland.

(WTB.) Moskau, 28. Juni. Pressemeldungen zufolge machte der Kommissar Urlik in der Sitzung des Petersburger Arbeiter- und Armeerats folgende aufsehenerregende Mitteilung: Die Zeitung „Molwa“ wird durch englisches Geld geleitet. In Archangel ist befinde sich ein englisches Bureau, das mit den tschechischen Truppen und mit den rechten Sozialrevolutionären in Verbindung steht. Gegenrevolutionäre Parteien haben von England 40 Millionen Rubel Unterstützung erhalten.

Kerenski auf der englischen Arbeiterkonferenz.

(WTB.) London, 29. Juni. Nach einer Reuter-meldung wies in einer Ansprache an die Arbeiterkonferenz Kerenski darauf hin, daß Rußland

drei Jahre lang eine längere Front als die Fronten aller anderen Verbündeten gehalten habe und daß Rußland noch jetzt aus tausend Wunden blute. Die russischen Arbeiter und zugleich die andern Klassen protestierten gegen die Tyrannei, die wieder über Rußland herrsche. In Moskau hätten die Arbeiter kürzlich eine Entschließung angenommen, in der die Beseitigung dieser Tyrannei und die Wiederherstellung demokratischer Einrichtungen gefordert werde. Zu meinem Erstaunen, sagte Kerenski, halten sogar einige sehr ernste europäische Politiker ein Regime für demokratisch, das die konstituierende Versammlung auseinandergetrieben, die Redefreiheit beseitigt, das Leben zu einer leichten Beute jener Roten Gardisten gemacht, sogar die Wahlfreiheit in den Arbeiterräten vernichtet und alle Institutionen der Selbstverwaltung abgeschafft hat, die auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhen. — Nach Renaudel sprachen Albert Thomas, Vandervelde und Branting. Vandervelde berichtete, die belgischen Arbeiter in den besetzten Gebieten seien bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß diejenigen, die die Grundsätze des Internationalismus verletzt hätten, dort nicht vertreten sein würden. Branting äußerte, es sei ein großer Fehler, daß man Troelstras Kommen verhindert habe. — (Vandervelde meint mit denjenigen, die die Grundsätze des Internationalismus verletzt hätten, natürlich die deutschen Sozialisten. Tatsächlich sind aber gerade sie die einzigen unter den kriegführenden Völkern, die ihre internationale Denkwiese am wenigsten aufgegeben haben. Man braucht nur an die Haltung der englischen, amerikanischen, französischen Sozialisten zu denken, um diese Behauptung erweisen zu können. Die Schriftl.)

Die Vorgänge bei der ehemals russ. Schwarzmeerflotte.

(WTB.) Berlin, 29. Juni. Der in Litauisch-Brest zwischen Rußland und den Verbündeten abgeschlossene Friedensvertrag sieht in Artikel 5 vor, daß die russischen Kriegsschiffe entweder in russische Häfen gebracht und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß bleiben, oder, falls sie russisches Gebiet nicht erreichen können, in fremden Häfen entwaffnet und unbeweglich gemacht werden müssen. Einzelne Teile der Schwarzmeerflotte setzten sich über diese Bestimmung hinweg und kreuzten auch nach dem Friedensschluß weiter im Schwarzen Meer und im Kaspischen Meer. Nach und nach nahmen sie sogar eine feindselige Haltung gegen die verbündeten Streitkräfte an und zwangen dadurch diese mehrfach zu bewaffnetem Einschreiten. Im Verlaufe des Frühjahrs wurde es immer klarer, daß der Einfluß der Moskauer Regierung auf einzelne Teile der Schwarzmeer-Flotte gleich Null war und daß diese Flottenteile vielmehr selbständige, den Krieg fortsetzende Freischaren auf dem Wasser darstellten, die man auch mit dem Ausdruck Piraten bezeichnen könnte. Erst mit der Besetzung der russischen Halbinsel Krim und des Kriegshafens Sewastopol Ende April wurde der größte Teil der ehemaligen russischen Schwarzmeerflotte an weiteren Verstößen gegen den Brest Frieden verhindert. Die wichtigsten und neuesten Einheiten der russischen Schwarzmeer-Flotte hatten sich noch, entgegen den in Brest vereinbarten Regeln, nach Noworossisk begeben und verweigerten die Rückkehr nach ihrem Ausgangshafen. Für die verworrenen Verhältnisse an Bord dieser Schiffe ist es bezeichnend, daß sie in wenigen Tagen mehrfach die Staatszugehörigkeit wechselten und nacheinander die rote Bolschewistenflagge, dann die rotgoldene Flagge der neugegründeten russischen Republik, dann die blaue und ukrainische und neuerdings wieder die weiß-blaue Andreaskreuzflagge des russischen Kaiserreiches setzten. Neben den Besatzungen bevölkerten auch Frauen und Kinder und Zivilisten diese Kriegsschiffe. Nach den Erzählungen russischer Seeoffiziere und Matrosen, die sich diesen unklaren Verhältnissen durch Abreise entzogen, müssen unter den Besatzungen dieser Schiffe weitgehende Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben. Im Verlaufe dieser Streitigkeiten ist Mitte Juni das Großkampfschiff „Swobotnaja-Rossija“ (früher „Zelaterina Nr. 2“ genannt) durch einen Torpedoschuss des russischen Torpedobootzerstörers „Kerisch“ versenkt worden. Auch

einige Torpedobootszerstörer fielen diesen Kämpfen zum Opfer und sind nach den Angaben der erwähnten russischen Offiziere an der Ostküste des Schwarzen Meeres versenkt oder auf den Strand gesiebt worden. Das Großkampfschiff „Wolja“ (früher „Imper. Alexander 3.“ genannt), sowie mehrere andere Torpedobootszerstörer kehrten am 19. Juni nach Sewastopol zurück, wo sich nunmehr die gesamte, für Kriegszwecke noch brauchbare ehemalige russische Schwarz-See-Flotte unter deutscher Kontrolle befindet.

Die Neuordnung des Landbesitzes in der Ukraine.
(W.B.) Kiew, 27. Juni. Wie „K. Mys“ meldet, erklärte der Hetman beim Empfang einer Bauernabordnung aus vier ukrainischen Gouvernements, daß ein Landgesetz in der Ausarbeitung begriffen sei, daß die Schaffung vernünftiger Reformen aber Zeit erfordere. Die großen Güter würden verschwinden und die staatliche Landbank werde ihre Aufstellung an die landarmen Bauern übernehmen. Die Semstwoverfassung werde umgearbeitet werden, um die Bildung eines kräftigen Bauernstandes als bestes Bevölkerungselement herbeizuführen.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

W.B. Großes Hauptquartier, 28. Juni, amtlich. Westlicher Kriegsschauplatz: Rege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme, auch in den anderen Abschnitten zwischen Yser und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu. Heute früh steigerte sich das Feuer des Feindes beiderseits der Lys, zwischen Bailenil und Bethune und südlich der Aisne zu größerer Stärke. Unsere Artillerie nahm den Kampf kräftig auf. In einzelnen Abschnitten haben sich Infanteriegefechte entwickelt.

Starker Fliegerangriff führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsere Flieger schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon, unsere Flugabwehrgeschütze 5 feindliche Flugzeuge ab. Hauptmann Berthold errang seinen 37., Leutnant Böhmhardt seinen 29., Leutnant Rumej seinen 26. und 27. Luftstreich.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die gestrige Abendmeldung.

(W.B.) Berlin, 28. Juni, abends. Amtlich wird mitgeteilt: Nördlich der Aisne kämpfen wir in der Abwehr heftiger Teilangriffe des Feindes.

Ein neuer Fliegerangriff auf Paris.

(W.B.) Paris, 28. Juni. Amtlich wird gemeldet: Mehrere Gruppen feindlicher Flugzeuge überflogen in der letzten Nacht unsere Linie in der Richtung auf Paris und wurden durch besonders heftiges Abwehrfeuer bekämpft. Mehrere Bomben wurden abgeworfen und Sachschaden verursacht. Einige Menschenopfer werden gemeldet.

Nachmals die italienischen Verluste.

(W.B.) Wien, 28. Juni. Die „Ag. Stefani“ behauptet, daß die im österreichisch-ungarischen Generalstabsbericht vom 22. Juni veröffentlichte Gesamtzahl von 42 000 Gefangenen den Gesamtverlust der italienischen Armee an Toten, Verwundeten und Vermissten ausmache. Demgegenüber weist das R. K. Korrespondenz-Bureau darauf hin, daß die Zahl der seit dem 15. Juni gemachten Gefangenen auf Grund genauer Zählung auf über 30 000 gestiegen ist, wobei die dem Feinde zugefügten blutigen Verluste nicht mitingerechnet sind. Wie bereits amtlich verlautbart wurde, berechnet selbst die vorläufigste Schätzung der österreichisch-ungarischen Heeresleitung den italienischen Gesamtverlust auf 150 000 Mann.

Neue U-Booterfolge.

(W.B.) Berlin, 29. Juni. (Amtlich.) Im Sperengebiet des westlichen Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote 4 Dampfer und 1 Segler von rund 21 000 B. r. - T. - Tonnen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Bermischte Nachrichten.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien.

(W.B.) Berlin, 28. Juni. Schon bei der ersten Leistung des Friedensvertrags mit Rumänien wird mehrseitig auf die grausame Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen hingewiesen. Bei der Beratung des rechtspolitischen Zusatzvertrages am 27. Juni beschäftigte sich auch der Hauptausschuß des Reichstags eingehend mit dieser Frage. Ministerialdirektor Dr. Kriege führte dazu aus, daß die Leiden unserer Gefangenen in Rumänien unter allen Umständen eine volle Sühne verlangten. Nach Art. 6 des rechtspolitischen Zusatzvertrages müssen alle Schäden, die auf ein schuldhaftes Handeln oder Unterlassen rumänischer Organe während der Gefangenschaft oder auf die Abberufung der Gefangenen nach Rußland zurückzuführen sind, ersetzt werden. Sofern die Gefangenen verstorben sind, steht ihnen Hinterbliebenen ein Anspruch auf volle Entschädigung zu. Die rumänische Regierung hat eine Anzahl schuldiger Beamter und Offiziere schon früher ihres Amtes entsetzt. Gegen andere Schuldige ist bereits ein Strafverfahren eingeleitet und durchgeführt worden. Auch will die rumänische Regierung in allen anderen ihr mitgeteilten Fällen strafrechtlich einschreiten und hat zu diesem

Zweck eine besondere Kommission eingesetzt. Im übrigen sind die Zahlen, die hinsichtlich unserer Gefangenen teilweise in die Öffentlichkeit gelangten, erheblich übertrieben. Insgesamt sind zwischen 4000 und 4500 deutsche Soldaten in rumänische Gefangenschaft geraten, von denen etwa 1000 starben und etwa 1500 an ihrer Gesundheit geschädigt sind. Viele Todesfälle sind auf ansteckende Krankheiten zurückzuführen, denen auch die rumänische Bevölkerung in der Moldau und die Angehörigen der rumänischen Armee in großer Zahl zum Opfer gefallen sind. — Oberst v. Franke hebt hervor, daß ein Teil der Beschädigung der Kriegsgefangenen wohl auch eine Folge der mangelnden Fürsorge bei dem übereilten Rückzug der Rumänen gewesen sei. Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien lasse sich zurzeit noch nicht genau feststellen. Die Angaben schwanken. Die höchste Zahl, die uns mitgeteilt worden, betrage 4300. Eine Kommission von deutschen und rumänischen Offizieren sei jetzt dabei, festzustellen, wie viele Kriegsgefangene wir in Rumänien gehabt hätten und ob nicht etwa irgendwo in der Moldau Kriegsgefangene zurückgehalten würden.

Italienische Stimmen zur Rühlmannrede.

(W.B.) Bern, 28. Juni. Während die italienische Interventionspresse, wie „C. della Sera“, „Secolo“, „Perseveranza“ und „Giornale d'Italia“ in der Rede Rühlmanns zwar eine gewisse Ernüchterung des deutschen Weltmachttraums erkennen will, die Erklärungen aber als ziemlich ernstes Anzeichen verdächtigt und vor einer neuen Friedensoffensive warnt, ist die katholische italienische Presse in der Beurteilung maßvoller. So erklärt die Mailänder „Italia“, daß die Bedeutung der Rede derart ist, daß sie größte Zurückhaltung in den Presseerörterungen fordert. Alles führe zu dem Glauben, daß der Krieg nunmehr in eine politische-militärische Phase von der größten Bedeutung eintrete. Der „Osservatore Romano“ (das Organ des Vatikan) begrüßt die Worte Rühlmanns und sagt: Angesichts dessen, was wir wiederholt zur Friedensfrage geschrieben haben, dürfen wir es nicht unterlassen, den Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes unsere Zustimmung zu geben, namentlich auch in bezug auf das, was er über die Beargwöhnung der bereits erfolgten deutschen Friedensklärungen seitens der Alliierten vorbrachte.

Die österreichische Kabinettskrisis.

(W.B.) Wien, 29. Juni. (Wien. Korrespondenz-Bureau.) Nach dem Abschluß der Verhandlungen des Ackerbauministers Grafen Tarouca wird nunmehr die Entscheidung der Krone als bevorstehend angesehen. Die Blätter geben Gerüchte wieder, nach denen die Entscheidung dahin lauten dürfte, daß der Kaiser das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Seidler abschlägig bescheiden und den Ministerpräsidenten mit der Fortführung der Geschäfte betrauen würde. Gleichzeitig soll der Auftrag an die Regierung ergehen, die Einberufung des Reichsrats zu veranlassen und im Wege neuer Verhandlungen zu erwirken, daß ein die Staatsnotwendigkeiten umfassendes Arbeitsprogramm in einer kurzen Sommertagung erledigt wird. Die deutschen Sozialisten sollen bestimmt werden, für das Budgetprovisorium einzutreten und der Abstimmung über die Kriegskredite fernzubleiben. Die Polen sollen veranlaßt werden, sich von allen Abstimmungen über Regierungsvorlagen fernzuhalten. Unter diesen Umständen wäre eine Mehrheit gegeben und ein glatter Verlauf der Session sichergestellt. Die Verhandlungen mit den Polen, die Graf Tarouca gestern nachmittag wieder aufnahm, sollen auf der Grundlage geführt werden, daß an Stelle des Generals Grafen Huny der Zivilstatthalter in Galizien treten soll und daß gewisse wirtschaftliche Forderungen der Polen in Galizien erfüllt werden. Die Polen verhalten sich jedoch, wie die Blätter melden, diesen Zugeständnissen gegenüber ablehnend.

Nachrichtenvermittlung zwischen Deutschland und Amerika.

(W.B.) Der unmittelbare Postverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist unterbrochen. Nach einer Mitteilung des amerikanischen Notenkreuzes ist jegliche Korrespondenz zwischen Amerika einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits, sei es direkt oder indirekt, ausgenommen Kriegsgefangenenpost, strengstens verboten. Personen, welche diese Bestimmung übertreten, droht in Amerika eine Gefängnisstrafe. Es ist jedoch eine beschränkte Nachrichtenvermittlung durch das rote Kreuz zugelassen. Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in Berlin, Am Karlsbad Nr. 10, nimmt kurzgefaßte, nicht in Briefform gehaltene Angaben zur Weiterbeförderung entgegen, die den betreffenden Angehörigen in den Vereinigten Staaten gleichwie in Kanada und in Südamerika persönliche, nicht

Auf 1. Juli

muss die Zeitung für das neue Vierteljahr bestellt werden. Das „Calwer Tagblatt“ lässt es sich angelegen sein, durch anerkannt rasche Bedienung im Nachrichtendienst, durch seine zusammenfassenden, schnell orientierenden Leitartikel, durch sorgsame Pflege der heimischen Berichterstattung, seinen Lesern, wenn auch in gedrängter Kürze, alles Wissenswerte zu vermitteln.

Wer schnell und zuverlässig darüber unterrichtet sein will, was draussen vorgeht, sowohl in der engeren wie weiteren Heimat, als auch auf dem Gebiet der grossen Politik und den Kampfplätzen für die Geltung unseres Vaterlandes, der lese das

„Calwer Tagblatt.“

Im Hause keines Bezirksangehörigen sollte das Bezirksamt- und Heimatblatt fehlen.

geschäftliche Nachrichten mitteilen oder über deren Aufenthalt oder Befinden Auskunft erteilen.

Ein Versuch mit dem freien Handel.

In Böhmen wurde, wie aus einer Eingabe des Beirats des Oesterreichischen Reichskommissariats an die Statthalterei Prag zu entnehmen ist, am 12. Mai 1918 der Einkauf von Schweinen freigegeben. Seit dieser Freigabe ist nun eine geradezu auffallende sprunghafte Steigerung der Schweinefleischpreise zu verzeichnen. Während vorher das Kilogramm Schweinefleisch um 15 bis 16 Kronen gekauft werden konnte, stiegen die Preise in einigen Tagen über 30 Kronen und später über 40 Kronen für 1 Kilogramm. Heute werden für 1 Kg. Schweinefleisch 44 bis 50 Kr. und je 1 Kg. rohen Schinken bis 60 Kr. verlangt. Dazu heißt es in der genannten Eingabe: „Diese Erscheinung ist wohl der deutsche Beweis dafür, daß die Freigabe des Handels mit den notwendigsten Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln in der jetzigen Zeit nicht geeignet ist, die Preise zu verbilligen, sondern im Gegenteil zu ganz außerordentlichen Preiserhöhungen führt, so daß vor einer Wiederholung dieses Experiments nicht dringend genug gewarnt werden kann.“

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Juni 1918.

Das Eisene Kreuz.

Schütze Eugen Mögler von Calw hat das Eisene Kreuz erhalten.

Zur Frage der Stadtschultheißenwahl.

* Aus dem Felde ging den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien, sowie einer Reihe von wahlberechtigten Bürgern folgende Zuschrift zu: Die bürgerlichen Kollegien haben sich in der Sitzung vom 13. Juni 1918 nach längerer Beratung dahin geeinigt, die Beschlusfassung über den Termin zur Neuwahl eines Stadtvorstandes bis Anfang Oktober zu verschieben. Damit ist niemand gebiet, weder denjenigen, die für eine Wahl nach Friedensschluss sind, noch denen, die für eine sofortige Wahl eintreten, noch auch der Stadt Calw. Denn im Oktober oder November werden dieselben Verhältnisse vorliegen, es ist noch Krieg, der Friedensschluss ist vielleicht, was wir zwar nicht hoffen wollen, noch in weiter Ferne. Für die Bewerber aus dem Felde wird es nach wie vor schwierig sein, sich vom Feld aus zu bewerben und hierfür Urlaub zu erhalten. Ein guter Teil der Wähler ist gleichfalls immer noch im Felde. Der Beschluß der bürgerlichen Kollegien stellt sich daher nur als vorläufiger Kompromiß dar. Einen kräftigen Grund für die Aufrechterhaltung eines derartigen Beschlusses vermag niemand einzusehen. Warum soll die Wahl nicht sofort ausgeschrieben werden? Es muß hierbei eben ein längerer Termin gestellt werden, ebenso wie bei Feldzeichnungen zur Kriegsleihe oder zur Ludendorff-Spende. Wenn nun die Wahl sofort ausgeschrieben wird mit vierwöchentlichem Termin, so hat doch jeder, der sich bewerben will, genügend Zeit und Gelegenheit; die Kollegien können dann nach Ablauf des Termins entscheiden, wer zugelassen wird und alles ist in Ordnung. Denn abzuwarten bis zum Friedensschluss, ist ein Übel. Einen sicheren Termin gibt es leider heutzutage überhaupt nicht mehr. Denn auch nach Friedensschluss werden noch viele Calwer Wahlberechtigten unter den Fahnen bleiben müssen, man denke nur an die Größe und Wellenförmigkeit der besetzten Gebiete und dann nicht auf alle selbstgekauften Wähler mit der Wahl zu warten, wäre so ungerecht wie nur möglich. Darum treten Sie ein für eine sofortige Wahl! Sie ist die einzig mögliche, einzig gerechte und auch beste Lösung dieser zweifellos schwierigen Frage. Diese Lösung entspricht auch der Ansicht der Kreisregierung, denn ob der Erlaß der Kreisregierung nur „formelle Bedeutung“ haben will, dies ist doch reichlich fraglich. Mehrere Wähler im Felde!

Büchspieltheater.

* Im Lichtspieltheater im „Babilischen Hof“ wird morgen wieder ein Treumann-Parzen-Film gegeben, und zwar das hübsche Lustspiel „Die Geschiedenen“, weiterhin das soziale Drama „Der Weg zum Reichtum“ und der interessante Militärfilm „Feldgraue Landwirte im Westen“, der zeigt, welche produktive Arbeit unsere Feldgrauen direkt hinter der Front leisten.

Die Bilanz der Daimler Motoren-Gesellschaft.

(W.B.) Stuttgart, 28. Juni. In der heutigen Generalversammlung der Daimler Motoren-Gesellschaft waren 18 803 Aktien vertreten. Rechnungsbild und Bilanz wurden einstimmig genehmigt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Zur Ergänzung des Geschäftsberichts wurde von der Verwaltung folgendes vorgeschlagen: Der Abschluß des Jahres 1917 war wie aus dem Druckbericht hervorgeht, nicht voll befriedigend. Es mußte auf stille Reserven zurückgegriffen werden, um den Aktionären nicht eine zu große Enttäuschung zu bereiten. Zu den einzelnen Bilanzposten ist zu bemerken: Das Bankguthaben, das in der Bilanz 1916 über 21,6 Millionen M ausmachte, ist in der Bilanz 1917 mit rund 33 Millionen M ausgewiesen und stammt in der Hauptsache her aus der Erhöhung des Aktienkapitals und aus Vorschüssen für Heereslieferungen, sowie Privataufträgen. Heute beträgt das Bankguthaben 15,8 Millionen M, darunter 10 Millionen M Vorschüsse der Heeresverwaltung, die am 21. Juni eingegangen sind. Zur Bezahlung der im Januar 1918 angekauften Aktien für Stuttgarter Straßenbahnen hat die Gesellschaft ein Darlehen im Betrage von über 3 Millionen M aufgenommen. Die an die Stadt-

gemeinde Stuttgart gewährten Darlehen von insgesamt 4 Millionen M mußten zur Heimzahlung gelündigt werden. An der 8. Kriegsanleihe hat sich die Gesellschaft mit 11 Millionen M beteiligt. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Mit einer weiteren Steigerung ist zu rechnen. Neben den Materialpreisen und den Löhnen weisen auch die Generalanforderungen, die schon im letzten Jahr außerordentlich gewachsen sind, eine weitere Steigerung auf, während die Verkaufspreise für die Fertigfabrikate unverändert geblieben sind. Unter diesen Umständen hängt die Frage, welches finanzielle Ergebnis das laufende Geschäftsjahr haben wird, davon ab, welche Preise von der Heeresverwaltung zu bezahlen sein werden. Im Geschäftsjahr 1917 hat die Gesellschaft an Löhnen 44 899 000 M, an sozialen und Wohlfahrts-einrichtungen und anderen freiwilligen Leistungen 9 015 000 M (gegenüber einer gesetzlichen Verpflichtung von 1 079 000 M), an Steuern, einschließlich Kriegsteuer, 31 045 000 M bezahlt. Diesen Leistungen von rund 85 Millionen M steht eine Dividendenauszahlung von 2,4 Millionen gleich ein Dreizehntel gegenüber. Neben dem Stand der Untersuchung in dem bekannten Verfahren gegen die Gesellschaft wurde mitgeteilt, daß die Militärbehörde es abgelehnt hat, dem Antrag auf Rückberufung des Direktors Kommerzienrat Berge in sein Amt stattzugeben. Die Generalversammlung sprach dem Kommerzienrat Berge einstimmig ihr Vertrauen aus. — Zu der von der Militärverwaltung über das Gesellschaftsunternehmen verhängten Militäraufsicht wurde eine längere Erklärung vom Aufsichtsrat abgegeben, der wir folgendes entnehmen: Auf Grund seiner Verantwortung für die Leistungsfähigkeit und das Gedeihen der Gesellschaft muß der Aufsichtsrat, die militärischerseits verfügten und aufrecht erhaltenen Maßnahmen als eine schwere Beeinträchtigung des Betriebes bezeichnen, lehnt die Verantwortung für eine hiedurch eintretende Minderung der Produktion ab und behält der Gesellschaft alle Rechtsansprüche wegen der nach seiner Überzeugung ungerechtfertigten Maßregeln vor.

Unterhaugstett, 29. Juni. An Stelle des am 1. Oktober v. J. zurückgetretenen Schultheisen Volke wurde gestern der seit herige Amtsverweser Jakob Bäuerle zum Ortsvorsteher gewählt. Von 66 Wahlberechtigten hatten 39 abgestimmt, wovon 37 Stimmen auf Bäuerle gefallen waren.

Pforzheim, 29. Juni. Der 15 000. Feldgraue Fahrer Christian Koller aus Oberhaugstett (Ost. Calw) hat vom 18. auf 19. Juni in der Ueberraststelle übernachtet. Gleich wie die vorhergehenden jeweiligen Nr. 1000 erhielt er eine Uhrkette mit Widmung. Auch das letzte Tausend der Ueberrastenden waren zum größten Teil Leute, welche abends nicht mehr weiter konnten wegen der mangelnden Bahnverbindungen im Enz- und Nagoldtal. Sie waren also hauptsächlich in den benachbarten württembergischen Gebieten zu Hause, ein großer Teil aber auch in Hohenzollern.

(S. C. B.) Altensteig, 28. Juni. In Zumweiler, Altensteig-Dorf und Bernsdorf wurde in letzter Zeit wiederholt eingebrochen und insbesondere Lebensmittel gestohlen. Nun wurde im Walde des Georg Schleich in Zumweiler, in der Nähe der Waldhütte, ein ausgehauener Untertisch entdeckt, indem sich die Einbrecher häuslich eingerichtet und an den gestohlenen Lebensmitteln gütlich getan hatten. Es sollen vier Einbrecher in Betracht kommen. In dem Nest wurden Teppiche, Spielkarten usw. vorgefunden. Die Vögel sind nun ausgeflogen und werden wohl ihr Arbeitsgebiet verlegt haben.

(S. C. B.) Ludwigsburg, 27. Juni. Inmitten des Weltkrieges feiert am 1. Juli die „Ludwigsburger Zeitung“ den Gedenktag ihres hundertjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß hat der Verlag eine geschmackvolle Festschrift herausgegeben, die Aufschluß gibt über die umfangreiche Geschichte der Zeitung, die am Mittwoch den 1. Juli 1818 als „Ludwigsburger Wochenblatt“ begründet von Buchdrucker Ch. Friedrich Nast, einmal des Tags die Druckerei verließ. Im Laufe der Zeit änderte die Zeitung mehrmals ihren Namen und

kam in verschiedene Hände, zunächst von Friedr. Mehl, dann Heinrich Theurer, dann Louis Greiner und Heinrich Ungeheuer und schließl. der Firma Ungeheuer & Umer. Aus kleinen Anfängen heraus entstanden, ist heute die „Ludwigsburger Zeitung“ eines der angesehensten Blätter des Landes. Die Festschrift enthält außerdem einen Abdruck des „Ludwigsburger Wochenblatt“, vom 1. Juli 1818. Ein Artikel: „Die Stadtgemeinde Ludwigsburg 1818/1918“ hat Oberbürgermeister Dr. Hartenstein zum Verfasser; Ludwigsburg als Garnisonsstadt: Garnisonspfarer Stadelmann; Maßnahmen der Stadtverwaltung während des Kriegs; Städt. Oekonomierat Knorpp; Geschichte des Oberamtsbezirks Ludwigsburg im letzten Jahrhundert: Professor C. Velschner.

(S. C. B.) Stuttgart, 28. Juni. (Vom Landtag.) Der Ausschuß für innere Verwaltung hat für den Gesetzentwurf über die Taggelder der Gemeinderäte den Abgeordneten Staubenmeyer (B.), für den Gesetzentwurf über Kriegszuschläge zu den Brandentschädigungen den Abg. Schmid-Keresheim (Z.) zum Berichterstatter bestellt.

(S. C. B.) Stuttgart, 28. Juni. Heute früh kam ein Anhängewagen der Linie 2 beim Anhängen am Leipziger Platz infolge unrichtiger Handhabung der Bremse in rückwärtigen Gang und konnte durch die Schaffnerin nicht mehr angehalten werden. Er fuhr die Notenwald- und Notebühlstraße abwärts und stieß an der Schwabstraße mit voller Wucht auf einen dort haltenden Wagen der Linie 2, dessen Schaffner, die Gefahr erkennend, noch rechtzeitig die Fahrgäste zum Aussteigen veranlaßt hatte. Die beiden Wagen sind zertrümmert. Die Schaffnerin des Anhängewagens, die sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnte ist erheblich verletzt. Sie wurde im Sanitätswagen nach dem Katharinenhospital verbracht.

Druck u. Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw, für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw.

R. Forstamt Altensteig.
Das Sammeln der Heidelbeeren vor dem 5. Juli ds. Js. ist verboten.
Den 28. Juni 1918.

Stadtschultheißenamt Calw.
Das Sammeln von Lindenblüten, mit Ausnahme vom Stadtpark, ist gestattet.
Die Blüten dürfen nur unter Benützung von Bockleitern und von Kindern nur unter Aufsicht Erwachsener gesammelt werden. Jede Beschädigung der Bäume wird unabsichtlich bestraft. Wächter sind aufgestellt.

Die restliche auf Lebensmittelmarke Nr. 46 a bestellte
Käse
kann gekauft werden bis spätestens Montag Abend.

Butter-Verkauf.
In dem Vierteljahr vom 1. Juli bis 30. September kann Butter bei Fr. Eberhardt, Fr. Hegele, Konditor Handt, Gg. Pfeiffer, Karl Schlaich, Hg. Maier, Lamparter und Hg. Röhm gekauft werden.
Calw, den 28. Juni 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.
Stadtschultheißenamt Calw.
Raum beginnen an wenigen sonnigen Plätzen des Waldes sich einige

Heidelbeeren
blau zu färben und schon wieder ziehen täglich Scharen Erwachsener und Kinder trotz aller Verbote in den Wald, um Heidelbeeren zu sammeln. Dabei wird um der wenigen vorzeitig halbreifen Beeren willen, die Haupternte zertreten. Die Schutzmannschaft und das Wald- und Feldschutzpersonal sind daher angewiesen, jeden, den sie beim vorzeitigen Heidelbeerfassen antreffen, unabsichtlich zur Anzeige zu bringen und sich werde für strengste Bestrafung Sorge tragen.
Da aber das Hilite-Personal nicht gleichzeitig überall sein kann, richte ich an den einsichtigen Teil der Einwohnerschaft die dringende Bitte, ihrerseits durch Anzeige der Liebertretungen, welche ihnen zur Kenntnis kommen, diesem Unfug zu steuern und so zur Erhaltung unserer Heidelbeerernte, welche wir heuer bei der Knappheit an Kirichen und andern Obst nötiger als je brauchen, beizutragen.
Calw, den 27. Juni 1918.

Stadtschultheißenamt Calw.
Nach Anordnung der Landesfüttermittelfstelle und des R. Ober- hat die Stadtgemeinde Calw für den Bedarf des Heeres und der Kriegswirtschaft

260 Zentner Heu aufzubringen, welche bis 31. Juli 1918 zu liefern sind.
Die Besitzer von Heu, namentlich die, welche kein Vieh halten, wollen die Mengen, welche sie abgeben können, bis spätestens Freitag, den 5. Juli 1918, beim Stadtschultheißenamt anmelden. Sollte nicht genügend Heu angemeldet werden, so müßte der fehlende Bedarf auf die Erzeuger umgelegt werden.
Calw, den 28. Juni 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Montag, den 1. Juli 1918
Turn-Verammlung.

Wer rasch und zuverlässig über alles Wissenswerte unterrichtet sein will, der lese das Calwer Tagblatt.

Suche
auf 1. August tüchtiges
Mädchen
für Küche und Haushaltung
Frau Güterbeförderer Bauer.

Für Küche und Haushalt
Mädchen
gesucht.
Otto Stoh, z. Löwen Hirsau.

Dienstmädchen
für sofort oder später
gesucht.
Frau Dentist J. Lück,
Bad Liebenzell.

**Dienstboten-
Gesuche**
sind in unserem Blatte
stets von Erfolg, da
der größte Teil der
Aufgabe auf dem Lande
Verbreitung findet.

Gebrauchter, guterhaltener
Kinder-Puppenwagen
wird zu kaufen gesucht.
Klein, Bahnhofstr. 412.

Lichtspieltheater Calw Bad. Hof
Vorstellungen Sonntag 3-6 Uhr und 8-10 Uhr.
Der Weg zum Reichtum.
Spannendes Drama in 3 Akten.
Die Geschiedenen.
Sehr schönes Lustspiel in 4 Akten, in der Hauptrolle
Wanda Treumann-Vigo Larsen.
Feldgraue Landwirte im Westen.
Militärfilm in 1 Akt.

Klavier,
guterhalt., zu kaufen gesucht
Angebote erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mandoline,
feinst, neu, ungebraucht,
mit Noten,
billigst für 50 Mark zu verkaufen.
Angebote unter „Mandoline“
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Dhne weitere Kosten kann sich jeder
ca. 10 Pfd. Rauchtabak-Erfas selbst
herstellen mit melnem
Tabak-
pulver. Gebrauchsanweisung beilieg.
Netto 5 Pfd.-Paket
franco Nachnahme Mk. 7.50
Joh. Palmen, Viersen Rhld.

**8 Stück
junge Enten**
verkauft
Johs. Irion, Hirsau.
Stammheim.

Zwei Ziegen
eine mit Jungem,
verkauft
Salob Ehret.

9 Stück
aus Fressen gewöhnte, starke
**Milch-
Schweine**
verkauft
Eugen Stoh, Hirsau.

**Kaufe ständig
Fleisch
von gefall. Vieh,**
jeder Art,
zu Fischfütterzwecken
Ankauf amtlich erlaubt.
A. Gropp Rohrdorf-Nagold
Telefon 60.

Deufringen.
Ein schönes zum erstenmal 17
Wochen trüchtiges
**Mutter-
Schwein**
(Blauschack), verkauft
Herm. Breiting, z. „Pflug“.

Hirsau, den 28. Juni 1918.

Trauer-Anzeige.

Hierdurch machen wir tiefergeschüttet Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, treuer Gatte und Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel



San.-Sergeant

Adolf Weber

in einem Infanterie-Regiment
Inhaber des Eisernen Kreuzes und der
Silbernen Verdienstmedaille,

nach 46 monatlicher treuer Pflichterfüllung im Alter von 30 Jahren durch Kopfschuß für Heimat und Vaterland gefallen ist. Allen denen, die ihm während dieser langen Zeit Gutes erwiesen haben, sagen herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:
Familie Weber.

o Dir ist wohl,
Uns ist der Schmerz geblieben,
Doch fühlen wir
Wir sind auf ewig nicht geschieden
Ruh aus, in Frieden.

Trölkeshof, Gem. Effringen, d. 27. Juni 1918.

Todes-Anzeige.

Bekanntem, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser unvergeßlicher treubeforgter Gatte, Vater, Schwager, Onkel und Großvater



Gutsbesitzer

Adolf Link,

nach langem schweren Leiden im Alter von 64 Jahren verschieden ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

die Gattin: Luise Link, geb. Schill;

die Söhne: Karl Link mit Frau Marie, geb. Proß;
Walter Link.

Beerdigung Sonntag Mittag 2 Uhr in Effringen.

Unterreichenbach, den 29. Juni 1918.

Trauer-Anzeige.

Bekanntem, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe gute Mutter, Schwieger- und Großmutter



Kathrina Spöhr

aus Althengstett

an einem Schlaganfall im Alter von 61 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Böckle.

Beerdigung in Unterreichenbach am Montag, den 1. Juli
Mittags 1 1/2 Uhr.

Bügel-Rohlen sind wieder eingetroffen.

Bei Abnahme von ganzen Säcken ermäßigte Preise, für Weidenerkäufer erfolgt billigste Berechnung.

Emil Retter, Weilderstadt.

Batterien

fr. Belz, Fahrradhandlung.

Ansichtskarten

Blumen-, Soldaten-, Landschaft-, Serien-, Glückwunsch- etc. Postkarten 100 verschiedene Karten 2 Mk., in besserer Ausfüh. 100 Karten 4 Mk., in feinsten Ausführung 50 Karten 3 Mk.

Briefmappen

mit 80 repplin. Briefbogen u. 80 Kuvert 4 Mk. Nachnah. ab hier. Paul Rupp, Freudenstadt, Nr. 223 (Württ.)

1. Wie entferne ich den beißend. Tabackgeschmack?

zugleich Anleitung zum Beizen. 2. Selbsterstellung v. Zigarren, Zigaretten, Kautabak usw. ohne Hilfsmittel.

3. Pflege der angebauten Tabakpflanzen u. verarbeiten zu Rauchtobak

4. Bearbeiten v. Blättern u. Blüten zu Tabakerfag;

leichte Anleitungen jedes 90 Pfg. **Beize für Tabak u. Erfag** (ähnlich Barinasgeschmack) leicht 1.90 Mk., mittel 2.50, stark 2.90 Mk. Jede Packung reicht für 5 Pfd. Tabak. G. Weller, Kösrath (Rheinl.)



Alle Musik-Instrumente

für Haus u. Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten aller Zudehör Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt **M u s i k h a u s** Eurtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Arkaden Klebaisch-Kopfbrücke.) Großhandlung. — Einzelverkauf. Ankauf abgepiel. Grammophon-Platten und Bruch, zum festgesetzten Höchstp. v. Mk. 1.75 per kg. Ausführung aller Reparaturen und Stimmen.

Wer sammelt

Brombeer-, Erdbeer-, Himbeerblätter und Lindenblüten? **W. Meier**, Nahrungsmittelfabrik, Stuttgart, Reinsburgstraße 116.

Most = Erfag,

ohne und mit Süßstoff, empfiehlt Spar- und Consumverein.

2-3 Eimer Most

sucht zu kaufen
Otto Eich, z. Löwen Hirsau.

Dr. Mezger

Ist bis 17. Juli dienstlich abwesend.

Had- u. Häufelpflüge, Kreisholzfügen, Sägelagerungen und Sägeblätter, Dreschmaschinen u. Puhmühlen, Futterschneidmaschinen, Brückentwagen und Transmissionen

empfehlen
Gg. Wackenhuth, landw. Maschinen-Werkstätte.

Zwiebel, Rettich-, Herstrub-Samen, Wasserglas, Motorenöl, Leder- und Wagenfett, Pfeffer echt, sämtl. Gewürze, Toiletteseife, Al-Seife, Seisenpulver, Email-Kochhäschen, Backschüsseln, Eimer, Kleiderausputzborden, Rocklizen, Socken, Garne echte Schuhneftel, Bürstenwaren

empfehlen billigst
C. Straile, Althengstett.

Mädchen und Frauen

zum sofortigen Eintritt als **Nieterinnen** gesucht.
W. Benzinger, Pforzheim, Zerronnenstraße 17, Treibriemen- und Transportbänderfabrik.

Sensen, Sichel, Wekstein, Senrechen, Handschlepprechen, Dunggabeln, Heugabeln, Holzgabeln, Sensenwörbe, Sensenringe, Rumpfe, Dängelgeschirre,

Mähgeschirre mit und ohne Worb, empfiehlt
Emil Retter, Weilderstadt.

Desinfizierende

Fußboden-Conservierung!

Kein Erfag

das beste Pflegemittel für jeden Fußboden, rauhe und gestrichene Fußböden, Linoleum, helle und dunkle Parketts, Stabfußböden, Terrazzo, Steinfußböden etc.

Das Präparat ist vollständig staubbündend ohne irgendwie zu schmierern und hat allergroße desinfizierende Wirkung, beseitigt resp. tötet daher jegliche Krankheitskeime.

Für öffentliche Anstalten, Kinos, Theater, Schulen, Krankenhäuser und sonstige vielbesuchte Lokale aus hygienischen Gründen vollständig unentbehrlich. Dies beweisen die vielen Gutachten von Nat., staatl. und staatl. Behörden. Jede Hausfrau benötigt heute dieses glänzende Fußbodenpflegemittel. Wir verkaufen nur an Weidenerkäufern und suchen für jeden Oberamtsbezirk eingeführte Vertreter.

Abt & Lig, Um a. D., Tel. 1220.